Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 600. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 206.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Neuwiedenbell.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbell.), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (Für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Telephon 8108 u. 8109; Redaktionstelephon 8110. Chefredakteur: Dr. Strasser-Aldenhoven Halle (Saale).

Dienstag, 23. Dezember 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 14. Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thomas, Halle (Saale).

Ein wichtiges Gründungsprojekt der Provinz Sachsen.

Wir entnehmen der „Magdeburgischen Zeitung" folgende interessante Ausführungen, die wir wiedergeben, ohne selbst vorläufig dazu Stellung zu nehmen:

Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen, der im März nächsten Jahres stattfindet, wird über eine Vorlage zu entscheiden haben, die das Interesse weiter Kreise finden dürfte. Die Provinz soll nach dem gestellten Antrage eine Lebensversicherungsanstalt gründen, für die der Provinziallandtag eine Ausgabe in Höhe von zunächst überschlägig 1½ bis 1½ Millionen Mark bewilligen soll. Diese Ausgabe soll der Provinz auferlegt werden in einer Zeit, in der Handel, Industrie und Gewerbe unter dem Einfluß wirtschaftlichen Niederganges stehen, in der insbesondere weite Kreise des Mittelstandes hart zu kämpfen haben. Während sich die Gemeinwesen mehr und mehr bewußt werden, daß die Steuerkraft ihrer Angehörigen dringend der Schonung bedarf, und daß auch im Interesse unseres gesamten Wirtschaftslebens die Kapitalanforderungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden müssen, soll dem Provinziallandtag zugemutet werden, ein kostspieliges Unternehmen zu gründen, das den Provinzialangehörigen nicht nur sehr erhebliche pekuniäre Opfer auferlegt, sondern auch weite erwerbstätige Kreise dadurch schädigt, daß es geschaffen wird, um ihnen in ihrem Gewerbebetrieb Konkurrenz zu bereiten und ihr Einkommen somit zu schmälern.

Gerade unsere Provinz würde hierdurch getroffen werden, weil sie über ein vorzüglich entwickeltes, provinzeingesessenes Versicherungswesen verfügt. Die in ihr domizilierten Gesellschaften haben die Provinz Sachsen zu einem der wichtigsten Versicherungszentren Europas gemacht: insbesondere das Lebensversicherungswesen hat ihr große Kapitalien zugeführt, und viel von ihrer guten Entwickelung verdankt die Provinz dem Gewerbefleiß der nach tausenden zählenden Beamten- und Agentenschaft der Gesellschaften, ganz abgesehen davon, daß die Provinz auch einen großen Teil ihrer Steuereinnahme durch dieses Gewerbe und seine Beamtenschaft bezieht. Gerade auf dem Gebiete der Lebensversicherung genießt die deutsche Privatversicherung — trotz der gelegentlichen Kritik, die keinem Betrieb, auch dem staatlichen nicht, erspart bleibt — hohes Ansehen, und sie hat trotz der gleichzeitig erfolgten Durchführung einer — in der Welt beispiellosen — Sozialversicherung eine Zunahme erzielt, die die entsprechende Vermehrung des deutschen Volksvermögens übertrifft.

Bei diesem Stande der Dinge eine neue Versicherungsgesellschaft zu gründen, ist eine Sache, die an sich die vorsichtigste Prüfung des Bedürfnisses erforderlich macht. Wenn aber diese Gründung gar — im Gegensatz zu den privaten Unternehmungen — einer Millionen-Subvention auf Kosten der Gesamtheit bedarf, dann drängt sich geradezu gebieterisch die Frage auf: Aus welchen Gründen diese schweren Opfer? Wozu neue Lebensversicherungsgesellschaft gründen und subventionieren, da es doch genug Gesellschaften gibt, die auch ohne Subvention Hervorragendes leisten! Die Vertreter der öffentlichen Versicherung behaupten, die Provinz Sachsen müsse gründen, weil der Versicherungsschutz der öffentlichen Versicherung besser und billiger sein werde wie der von der Privatversicherung gewährte. Diese Behauptung stellt fast jedes neue Unternehmen auf; ein Beweis dafür ist u. E. auch der öffentlichen Versicherung bisher nicht geglückt. Ihre Darstellungen haben sogar vielfach scharfe Berichtigungen, Klagen wegen unlauteren Wettbewerbes und, wie erinnerlich, auch die entschieden abweisende Kritik der Handelskammer zu Magdeburg zur Folge gehabt.

Wir können hier zu diesen schwierigen und in Kürze kaum zu erörternden Fragen nicht Stellung nehmen. Nur zweierlei möchten wir bemerken, zunächst, daß es wenig innere Wahrscheinlichkeit zu besitzen scheint, daß die durch die Arbeit vieler Jahrzehnte finanziell, organisatorisch und versicherungstechnisch erstarkten alten Gesellschaften sich in der Leistungsfähigkeit übertreffen lassen sollten durch ein neues provinziales Unternehmen, dem nicht entfernt die geschäftliche und finanzielle Kraft innewohnen kann, wie den mit allen Kreisen des Wirtschaftslebens im ganzen Deutschen Reiche in enger Fühlung stehenden Privatgesellschaften. Aehnliche Ansichten hat z. B. auch der Generalsandschaftsdirektor der Provinz Sachsen, Freiherr von Gustedt-Halle, in einer Broschüre geäußert, in der er der Errichtung einer Lebensversicherungsanstalt der Provinz Sachsen auch unter anderen Gesichtspunkten sehr skeptisch gegenübertritt. Sodann möchten wir noch darauf hinweisen, daß es nicht unbedenklich erscheint, wenn die öffentliche Versicherung sich rühmt, sie werde Ersparnisse erzielen dadurch, daß sie die Beamten des Staates und der Provinz für ihre Zwecke benutze. Niemand wird glauben, daß unsere Beamten die große Arbeit, die der Geschäftsbetrieb, insbesondere auch der Anwerbedienst der Lebensversicherung mit sich bringt, in ihrer freien Zeit, etwa in den Mußestunden des Mittags oder des Abends, auszuüben in der Lage seien. Werden sie also in den Dienst der Lebensversicherung gestellt, so wird die dadurch den eigentlichen Aufgaben entzogene Arbeitskraft durch eine Vermehrung der Beamtenzahl ausgeglichen werden, und die sogenannte Ersparnis der Lebensversicherungsanstalt läuft auf eine weitere Belastung des Etats der Gesamtheit hinaus, die trotzdem die Qualität und Billigkeit der gebotenen Versicherung kaum in nennenswerter Weise beeinflussen dürfte, weil die ausschließlich auf ihre geschäftlichen Zwecke bedachten, ihren Beruf in der Lebensversicherung findenden Beamten der privaten Organisationen gegenüber der nebenamtlichen Tätigkeit der staatlichen und provinzialen Beamtenschaft eine Ueberlegenheit haben werden, die auch in den Kostenpunkt zugunsten der privaten Versicherung den Ausschlag geben dürfte.

Wie dem aber auch sei, jedenfalls würde bei Gründung einer Provinzialanstalt ein erbitterter Kampf zwischen der staatlichen und der gerade in unserer Provinz angesehenen und wohlverdienten Beamtenschaft der Privatversicherung entbrennen, der eine Zersplitterung wertvoller politischer und wirtschaftlicher Kräfte herbeiführen könnte, die — gegenüber den auf diesem Gebiete einsetzenden sozialistischen Bestrebungen — besonders unerwünscht ist. Vergegenwärtigen wir uns dies alles, so dürfte der Provinziallandtag trotz der überaus intensiven Propaganda der Vorkämpfer der öffentlichen Versicherung gewiß eine sehr kritische Prüfung der gesamten Verhältnisse und eine gerechte Abwägung der Vorteile und Nachteile des Planes eintreten lassen, ehe er einen so weit tragenden Entschluß faßt.

Deutsches Reich.

Der Berliner Polizeipräsident zum Prozeß Forstner.

Zum Prozeß Forstner sendet der Polizeipräsident von Berlin von Jagow der „Kreuzzeitung" folgende Erklärung:

Militärische Uebungen sind Akte der Staatshoheit. Werden ihnen Hindernisse bereitet, wie in Dettweiler, so gilt für deren Beseitigung das gleiche. Strafverfolgung wegen eines Aktes der Staatshoheit ist unzulässig, ein selbstverständlicher Rechtsgrundsatz, der übrigens im § 7 des preußischen Gesetzes betr. die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen vom 13. Februar 1854 (Gesetzsammlung Seite 86) für Beamte nach ausdrückliche Anerkennung gefunden hat. Also durfte gegen den Leutnant von Forstner Anklage nicht erhoben werden, geschweige denn Verurteilung erfolgen. Anscheinend hat das Gericht erster Instanz diesen Gesichtspunkt nicht geprüft; die Berufungsinstanz wird ihn der Beratung vorweg zugrunde zu legen haben. Wäre die Rechtslage anders, so bedürfte sie schleunigster Aenderung. Denn wenn unsere Offiziere, noch dazu solche, die fast in Feindesland stehen, die Gefahr einer austedia inhonesta laufen, weil sie für Ausübung des Königlichen Dienstes freie Bahn schaffen, dann erwächst dem vornehmsten Berufe Schande. Ein sie schützendes Reichsgesetz, nachgebildet dem genannten preußischen Gesetze, wäre dann dringende politische Notwendigkeit.

Dr. jur. v. Jagow.

Kleinere politische Nachrichten.

* **Der Großherzog von Hessen** hat dem Staatssekretär von Jagow das Großkreuz vom Verdienstorden Philipps des Großmütigen verliehen.

* **Der braunschweigische Staatsminister Hartwieg** hat wegen seines Gesundheitszustandes seine Versetzung in den Ruhestand beantragt, die der Herzog zum 1. Februar 1914 genehmigt hat. In Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um das Herzogtum verlieh ihm der Herzog die Brillanten zum Großkreuz des Ordens Heinrichs des Löwen.

* **Die Abnahmefahrt** des auf der Germaniawerft zu Kiel erbauten Kleinen Kreuzers „Karlsruhe" ist vorzüglich verlaufen. Sämtliche Maschinen, die Hilfsmaschine und die Kesselanlagen haben völlig einwandfrei gearbeitet. Die vertraglichen Leistungen sollen weit übertroffen sein. Das Schiff wurde sofort unter dem üblichen Probefahrtsvorbehalt von der Abnahmekommission der Marine übernommen.

Aus den Kolonien.

Gouverneur Dr. Schnee ist mit seiner Gemahlin von einer dreiwöchigen Reise in die Nordbezirke nach Daressalam zurückgekehrt, auf der besonders die Plantagen und Ansiedlungen Usambaras besucht wurden. Infolge der Kautschukkrisis haben einzelne Kautschukpflanzungen den Betrieb eingestellt, andere eingeschränkt. Die dadurch freigewordenen Arbeitskräfte sind vielfach auf Sisalpflanzungen tätig, die in bedeutender Ausdehnung begriffen sind. Die Kaffee-Ernte in Ost-Usambara ist die größte bisher dagewesene; die nahezu vollendete Ernte ergibt auf manchen Pflanzungen das Dreifache des vorjährigen Ertrages. Die Lage der Ansiedlungen mit Ackerbau-, Gärtnerei- und Viehzuchtbetrieb in West-Usambara ist gleichfalls günstiger als im Vorjahre. Eine rege Beteiligung an der Landesausstellung in Daressalam ist aus den Nordbezirken zu erwarten. Der Vorstand des Wirtschaftlichen Verbandes der Nordbezirke hat einstimmig beschlossen, sich nach besten Kräften an der Ausstellung zu beteiligen.

Nachdem der Staatssekretär des Reichskolonialamts sich in der Besprechung mit den Interessenten vom 20. November mit der Umwandlung des festen Ausfuhrzolles auf Kamerunner Kautschuk in einen Wertzoll mit gleitender Skala grundsätzlich einverstanden erklärt hatte, ist nunmehr das Gouvernement in Buea drahtlich angewiesen worden, den Kautschuk-Ausfuhrzoll bis auf weiteres zu stunden. Das Provisorium soll solange bestehen bleiben, bis über die endgültige Ausgestaltung des Staffeltarifes Entscheidung getroffen ist. Vorher werden noch Verhandlungen mit den heimischen Interessenten gepflogen werden, die Gouverneur Ebermaier alsbald nach Neujahr aufnehmen wird.

Ausland.

Frankreich und die Türkei.

Wie verlautet, sind vor der Abreise des französischen Botschafters Bompard aus Konstantinopel von diesem und dem Großwesir Uebereinkommen unterzeichnet worden, die sich auf die Errichtung französischer Schulen und anderer Anstalten beziehen, gleichzeitig die Verhältnisse der gegenwärtig bestehenden Anstalten dieser Art regeln und endgültig feststetzen, daß französische Staatsangehörige, gegen die Anklage erhoben worden ist, mit Ausnahme der Tunesier und Marokkaner, in französischen Konsulargefängnissen untergebracht werden. Außerdem wurde ein Uebereinkommen unterzeichnet, nach welchem Forderungen französischer Privatleute, die hinter das Jahr 1908 zurückreichen, im Wege des Schiedsgerichts geregelt werden sollen. Frankreich hatte seine Zustimmung zur Erhöhung der Zölle und zur Einführung von Monopolen von der Regelung dieser Fragen abhängig gemacht. Diese Uebereinkommen werden dem Sultan zur Sanktion unterbreitet werden gleichzeitig mit Verträgen über Franzosen zu erteilende Konzessionen für öffentliche Arbeiten, wofür Frankreich die Kotierung der großen türkischen Anleihe an der Pariser Börse zulassen würde.

Die französische Deputiertenkammer

beriet am Montag weiter über den Gesetzentwurf betreffend Gehalts- und Solderhöhungen für Offiziere und Unteroffiziere. Ein Abänderungsantrag Dalbiez, welcher die Generäle und die ihnen gleichstehenden Offiziere von den Wohltaten des Gesetzes ausschließt, wurde mit 310 gegen 238 Stimmen angenommen, obgleich die Regierung und die Budgetkommission wenigstens die Brigadegenerale in das Gesetz einzubegreifen wünschten. Ebenso bekämpfte die Regierung einen weiteren Antrag Dalbiez, welcher die Gehaltserhöhung der Obersten beschneidet.

Der russische Kaiser

empfing am Montag in Livadia den türkischen Botschafter Turchan Pascha in Abschiedsaudienz. Der Botschafter wurde darauf zur Frühstückstafel geladen.

Bulgarien und Rußland.

König Ferdinand von Bulgarien hat den Kaiser von Rußland zu seinem Namenstage mit einer Depesche beglückwünscht, in der er ihn bittet, die innigsten Wünsche für sein Glück entgegenzunehmen. Der Kaiser erwiderte mit dem Ausdruck des Dankes für die Gratulation und die darin ausgesprochenen guten Wünsche.

Die persische Regierung

hat den russischen Vorschlag betreffend Vermehrung des persischen Kosakenkorps um 650 Mann, welche sich unter Leitung russischer Instrukteure befinden werden, endgültig angenommen.

Kaiser Menelik II. von Abessinien †.

Amtlich wird aus Adis Abeba bekanntgegeben, daß Kaiser Menelik II. gestorben ist.

Der Kölner Gewerkschaftsprozeß.

Köln, 20. Dezember.

Das heutige Zeugenverhör im Prozesse der christlichen Gewerkschaften erbringt keinerlei Beweise für die Behauptung, daß die Gewerkschaftsführer sich den Bischöfen oder der Enzyklika unterworfen haben. Die Zeugen Giesberts, Effert und Imbusch betonen im Gegenteil, daß die christlichen Gewerkschaften ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit bis an die äußerste Grenze verteidigt haben. Auf eine Frage des Verteidigers Dr. Heine gibt der Zeuge Effert zu, daß der Bischof von Trier anläßlich der Streikbewegung im Saarrevier an die Dechanten ein Schreiben gerichtet habe, in dem er zum Frieden mahnt, was als eine kirchliche Einmischung in den Streik betrachtet werde. Privatkläger Stegerwald betont aber, daß der Gewerkschaftsverein das Schreiben auf das schärfste zurückgewiesen habe. Auf die Frage, ob etwas davon bekannt sei, daß die preußische Regierung in Rom sich wegen der Gewerkschaften verwendet habe, erklärt der Zeuge Imbusch, daß ihm davon nichts bekannt sei. Rechtsanwalt Dr. Heine versucht im Verlauf des Verhörs darzutun, daß das Verhalten des Gewerkschaftsvereins im Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet 1912 durch eine Geldspende der Zechenbesitzer veranlaßt worden sei. Zeuge Imbusch bezeichnet dies als ausgeschlossen. Bestimmend für das Eintreten des Gewerkschaftsvereins für die nationalliberale Kandidatur Dr. Boetzger sei einmal gewesen, den Sozialdemokraten zu beseitigen, sodann das Abkommen zwischen Zentrum und Nationalliberalen, das sich auf mehrere Wahlkreise erstrecke. Zeuge Imbusch erklärt weiter, daß die Gewerkschaften bezüglich des Streikrechts nichts heimlich festgelegt haben und ein Unterschied zwischen dem nicht bestehe, was die Gewerkschaften öffentlich vertreten und geheim betreiben. In der Nachmittagssitzung wurden zunächst die Zeugen Dr. Kaufmann (Frankfurt a. M.) und der Herausgeber der Kölner Korrespondenz Roggendorf, vernommen. Sie bekundeten, die katholischen Arbeiter schlössen sich meistens nur deshalb den christlichen Gewerkschaften an, weil die auf dem Kölner Standpunkte stehenden Kapläne sie dazu veranlaßten. Da die Bischöfe verpflichtet seien, über die sittliche und religiöse Haltung der katholischen Arbeiter der christlichen Gewerkschaften zu wachen, und da diese nicht gegen die Gewerkschaften eingeschritten seien, sondern sie sogar zum Teil gefördert hätten, müßte gefolgert werden, daß sich die christlichen Gewerkschaften in irgendeiner Weise der Enzyklika unterworfen hätten. Dr. Kaufmann betonte noch, in der Streiktheorie nähmen die christlichen Gewerkschaften einen milderen Standpunkt ein gegen früher. Nach weiteren Auseinandersetzungen unter den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191312232-15/fragment/page=0001

Prozeßbeteiligten erklärte Rechtsanwalt Grundschöttel im Namen seines Klienten, des Pfarrers Mix, daß er die von ihm bei der Wahrnehmung der ihm als evangelischer Pfarrer anvertrauten berechtigten Interessen aufgestellten Behauptungen nicht mehr aufrechterhalte und mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Da die Kläger erklären, die Privatklage gegen Pfarrer Mix zurückzunehmen, verkündet der Vorsitzende, daß das Verfahren, soweit es gegen den Angeklagten Mix gerichtet ist, eingestellt wird.

Luftfahrt.

Ein deutscher Weltrekord im Freiballon.

Der Ballon „Duisburg", ein neuer Freiballon von 1600 Kubikmeter Inhalt, der am Sonnabend, 13. d. Mts., nachmittags 4 Uhr von Bitterfeld mit Führer Kaulen, Mitfahrer Schmidt und Kreft, aufgestiegen ist, hat einem aus Petersburg in Johannisthal eingetroffenen Telegramm zufolge einen Weltrekord für Zeit und Entfernung aufgestellt. Er ist 87 Stunden in der Luft geblieben und hat eine Strecke von etwa 2800 Kilometern zurückgelegt. Der Weltrekord wurde von dem Franzosen Bienaimé mit einem Fluge von Stuttgart bis hinter Moskau mit 2400 Kilometern gehalten. Noch früher war der schweizerische Oberst Schaeck 72 Stunden in der Luft geblieben. Kaulen ist ein tüchtiger, schon bewährter Führer, der die jetzige Fahrt mit der ausgesprochenen Absicht unternahm, den Weltrekord des Franzosen Bienaimé zu schlagen. Einen Versuch, den Weltrekord an sich zu bringen, hat er schon im vergangenen Jahre auf dem Ballon „Delitsch" mit einem Fluge von Deutschland nach Rußland, damals vergeblich, gemacht. — Der Landungsort des Ballons „Duisburg" ist Perm in Rußland, ca. 800 Kilometer nordöstlich von Moskau.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Zur Reichstags-Ersatzwahl in Jerichow I und II.

In dem Wahlkreise Jerichow I und II hat der Wahlkampf bereits eingesetzt, nachdem das Mandat des sozialdemokratischen Abg. Haupt endgültig für ungültig erklärt worden ist. Da der Ausgang der Wahl eine erhebliche Bedeutung für die Rechtsparteien hat, so ist der konservativen Kandidatur nur Glück zu wünschen. Der konservative Kandidat steht mit beiden Beinen im praktischen Leben, er ist Landwirt, Industrieller und Kaufmann. Als Landwirt hat er eine Pachtung von 900 Morgen (500 Morgen unterm Pflug, 400 Morgen Wiese), als Industrieller ist er kaufmännischer und technischer Leiter, auch Mitbesitzer einer größeren Stärkefabrik, und als Kaufmann betreibt er ein Kohlengeschäft. Im übrigen ist der Kandidat, Herr Martin Schiele-Schollene, seit 16 Jahren Vertreter des Kleingrundbesitzes im Kreistage und seit einer Reihe von Jahren Mitglied des Kreisausschusses. Ein Mann von liebenswürdigem Wesen und Auftreten, offenen Blickes und praktischer Denkungsart, dürfte er wohl berufen sein, den Kreis im Reichstage zu vertreten. In einer ganzen Reihe von Versammlungen, die der Kandidat abgehalten hat, fand er freundliche Aufnahme, nicht nur wegen seiner ruhigen und sachlichen Ausführungen, sondern auch wegen seiner von echt nationalem Fühlen und Denken getragenen Auffassung. — Die Versammlungen waren gut besucht und fanden bisher zum größten Teile im Kreise Jerichow I statt. Der Kandidat trat ein für eine gleichmäßige Behandlung von Landwirtschaft und Industrie, für den Schutz des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes, für die Beamten, Lehrer und andere geistige Führer des Volkes. Als Arbeitgeber, in den besten Beziehungen zu den eigenen Arbeitern in Landwirtschaft und Industrie stehend, weiß er wohl die Bedeutung des Arbeiters zu schätzen und richtig zu würdigen. Die Ausführungen des Herrn Schiele fanden überall großen Beifall. In national gesinnten Kreisen dürfte alles daran gesetzt werden, den Wahlkreis zurückzuerobern!

*

— **Naumburg**, 22. Dez. (Gestorben.) Von den fünf Kindern des Arbeiters Oppermann, die kürzlich infolge von Rauchvergiftung in schwerste Lebensgefahr gerieten, ist bekanntlich das eine alsbald danach gestorben und gestern ist von den übrigen, die infolge jenes Unfalls noch an Lungenentzündung leiden, wiederum eines, ein zweijähriges Mädchen, gestorben. Auch die übrigen können noch nicht als gerettet gelten.

§ **Freyburg a. d. U.**, 21. Dez. (Schlingensteller. — Walnüsse.) Wiederum wurden in den Nißmitzer Waldungen zwei Arbeiter beim Schlingenstellen abgefaßt. Sie trugen zwei Hasen und mehrere Kaninchen bei sich. — Trotz reichlicher Ernte ist heuer der Preis für Walnüsse ein selten hoher, nämlich 46 Mark für den Zentner. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß diese Früchte in unreifem Zustande vielfach zu Konserven- und Industriezwecken Verwendung finden.

r. **Freyburg (U.)**, 21. Dez. (Goldene Hochzeit. — Konkurs.) In Gesundheit und Rüstigkeit feierten der frühere Gutsbesitzer und langjährige Ortsvorsteher in Schleberoda, Hermann Gebhardt und seine Ehefrau die goldene Hochzeit. Ihnen wurde die Hochzeitsmedaille vom Kaiser verliehen. — Ueber das Vermögen des Landwirtes und Ziegeleibesitzers Willy Bergmann in Niedermöllern ist das Konkursverfahren eröffnet.

Vermischtes.

Zum Schloßbrand in Schwerin.

Das Großherzogliche Hofmarschallamt erläßt folgende Bekanntmachung: Durch die eingehende amtliche Untersuchung, die unmittelbar nach dem Schloßbrand eingeleitet worden ist, hat sich trotz zahlreicher Zeugenvernehmungen die Entstehungsursache des Brandes nicht feststellen lassen. Bei der Untersuchung sind die verschiedenen Möglichkeiten, die als Entstehungsursache des Feuers in Betracht kommen konnten, sorgfältig geprüft worden. Jedenfalls aber ist festgestellt worden, daß weder Fahrlässigkeit noch vorsätzliche Brandstiftung in Frage kommen. In der Nacht zum Sonntag ist ein großer Teil des ausgebrannten Flügels des großherzoglichen Residenzschlosses heruntergebrochen und hat die unteren gewölbeartig gedeckten Räume des Portalgeschosses durchschlagen.

*

Ein „eingefrorener" D-Zug.

Der Berlin-Münchner D-Zug, der vormittags 9 Uhr 13 Min. in München eintreffen soll, direkte Wagen nach Rom führt und mit dem um 9 Uhr 40 Minuten abgehenden Schnellzug seine Fortsetzung nach Tirol und Italien findet, traf Montag vormittag mit zwei Stunden Verspätung erst nach 11 Uhr in München ein, da wegen starken Frostes unterwegs die Heizung gänzlich eingefroren und dadurch in Hof ein zweistündige Aufenthalt nötig geworden war. Der Berlin-Rom-Wagen wurde als Extrazug nach Kufstein weitergeführt, wo er den auf ihn wartenden vorausgegangenen Schnellzug erreichte.

*

Zum Eisenbahnunfall bei Braunschweig. Nach privaten Meldungen hat sich der Eisenbahnunfall in der Weise zugetragen, daß der Modellschlosser mit dem Kinde den Bahnübergang, trotzdem die Schranke bereits geschlossen war, noch passierte und dabei unter den aus Braunschweig kommenden Zug geriet.

Eine Explosion im russischen Hofzuge. In dem auf dem Hauptbahnhof zu Rostock seit einigen Tagen stehenden russischen Hofzuge, in welchem die Kaiserin-Witwe von Rußland, die am Montag von Kopenhagen abgereist ist, die Rückreise nach Petersburg antreten soll, erfolgte nachmittags in der Lichtmotorenanlage eine Explosion, durch die sieben Zugbeamte verletzt wurden. Zu der Explosion wird von unterrichteter Seite gemeldet: Montag mittag 2 Uhr 30 Min. explodierten in der Lichtanlage des Hofzuges die Akkumulatoren. Hierdurch wurden drei Personen schwer und sieben leicht verletzt. Die Verletzten gehören zum Maschinenpersonal des Zuges. Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung ist eingeleitet worden. Man vermutet, daß die Explosion durch einen technischen Fehler in der Anlage hervorgerufen worden ist. Der Zug fuhr abends nach Warnemünde, um die Kaiserin-Witwe von Rußland aufzunehmen.

Eisenbahnunfall. Zwischen den Stationen Sjasofuisyn und Badachedzyn im asiatischen Rußland rissen sich von einem Güterzuge einige beladene Wagen los, rollten auf dem abschüssigen Bahngleise zurück und rannten auf einen Militärzug mit Rekruten auf. Drei Güterwagen wurden zertrümmert und die Lokomotive sowie fünf Wagen des Militärzuges beschädigt. Ein Bahnschaffner und ein Rekrut wurden getötet, ein Offizier, vier Rekruten, der Zugführer und der Heizer verletzt.

Probefahrt. Das für Rumänien erbaute erste Motorlastschiff „Arthur von Gwinner" absolvierte am Montag glücklich seine Probefahrt. Aus Anlaß derselben wurde ein Telegramm an den König von Rumänien abgesandt. Nach der Probefahrt fand in den „Vier Jahreszeiten" zu Hamburg ein Festmahl statt.

Fleisch als Weihnachtsgabe. Die städtische Fleischhalle in Wilmersdorf bei Berlin gibt armen Zuberkulosen der Kopfzahl der Familie entsprechend große Fleischvorräte als Weihnachtsgaben unentgeltlich.

Die Ernte der Fischer. Die Kieler Fischer erbeuteten für 50 000 Mk. Sprotten. An dem glücklichen Fange waren 30 Fischer beteiligt.

Den Bruder erwürgt. In der Nacht zum Montag gegen 4 Uhr kehrte der als gewalttätig bekannte 26 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Gustav Lau nach der Wohnung seiner Mutter im Hause Siebertstraße 17 in Berlin zurück, wo er in der Trunkenheit seine Angehörigen tätlich angriff und mit Totschlag bedrohte. Schließlich wurde er von seinem älteren Bruder Hans im Handgemenge überwältigt, zu Boden gedrückt und, wie man nach Aussage des später herbeigerufenen Arztes annehmen muß, erwürgt. Der Täter begab sich dann selbst zum 21. Polizeirevier.

Falschmünzerwerkstatt entdeckt. In einem Nachbarorte von Iserlohn wurde auf dem Boden eines alten Schmiedegebäudes eine vollständige Falschmünzerwerkstatt entdeckt und eine große Menge falschen Geldes beschlagnahmt. Falsche Zweimarkstücke waren in ganz Westfalen und am Niederrhein in Umlauf gebracht worden.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.

Halle, 22. Dezember.

Vorsitzender: Stadtv.-Vorsteher Justizrat Dr. Lembser.

Dieser gibt ein Dankschreiben des Ortsvereins der Gemeindearbeiter Halle für das von der Versammlung bewiesene Wohlwollen bekannt.

Stadtv. Hüllemann erklärt vor Eintritt in die Tagesordnung, daß die Annahme, der Schluß der letzten Sitzung sei gewaltsam durch Beschlußunfähigkeit herbeigeführt worden, unrichtig wäre. Richtig sei, daß er sich außerhalb des Saales befunden habe, nicht, um sich der Abstimmung zu entziehen, sondern aus einem Grunde, der auch für alle anderen maßgebend gewesen sein würde.

1. Einspruch gegen die Stadtverordnetenwahlen. Gegen die Stadtverordnetenwahlen der II. Abteilung-Vororte ist Einspruch erhoben worden. Der Magistrat gibt unter Ueberreichung der Wahlprotokolle usw. über die Stadtverordnetenwahlen zur Beschlußfassung gemäß § 10 des Zuständigkeitsgesetzes eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts, ohne jedoch selbst dazu Stellung zu nehmen. In dieser Darstellung wird ausgeführt, daß die Einladung zur Wahl vorschriftsmäßig erfolgt ist, und daß es sich bei dem Protest nur um das Mandat des Herrn Geh. Justizrat Professor Dr. Biermann, der genau mit der absoluten Mehrheit gewählt ist, handeln kann, während das Ergebnis der Wahl des Herrn Kaufmann Julius Ritter wohl auf keinen Fall anders geworden wäre, da anscheinend nur in drei Fällen nachträgliche Belehrungen von Wählern durch den Wahlvorstand, die das Wahlergebnis beeinflußt haben könnten, vorgekommen seien, während Herr Ritter mit einer Mehrheit von 15 Stimmen gewählt worden sei. Auf den Antrag des Berichterstatters Stadtv. Herzfeld wird die Wahl Dr. Biermanns für ungültig erklärt, weil doch „Unstimmigkeiten" vorgekommen seien. Auf Antrag des Stadtv. Gerig werden die Wahlen sämtlicher anderen Stadtverordneten für gültig erklärt.

2. Kabelleitung für die Bahnlinie nach Büschdorf. Der Magistrat beantragt, zur Versorgung der Straßenbahn nach Büschdorf mit Gleichstrom vom Elektrizitätswerk nach Maßgabe des vorgelegten Kostenanschlags 105 000 Mk. aus der Anleihe von 1910 auf Konto des städtischen Elektrizitätswerks zu bewilligen. In seiner Begründung vertritt der Magistrat die Ansicht, daß das Elektrizitätswerk verpflichtet ist, für die Stromzuführung auf eigene Kosten zu sorgen. Er folgert dies aus den vorangegangenen tatsächlichen Verhältnissen und aus einem bezüglichen, anläßlich der Uebernahme der Halleschen Straßenbahn gefaßten allgemeinen Gemeindebeschluß vom 13. und 30. Mai 1910. Die Versammlung stimmt dem zu. Berichterstatter Stadtv. Colberg.

3. Erweiterung des Elektrizitätswerkes. Zu diesem Punkte, der bereits einmal verhandelt worden ist, nimmt nach den Berichterstattern, Stadtvv. Schrader und Colberg, der Direktor des Elektrizitätswerkes, Paulsen, das Wort, um den Nachweis zu führen, daß die Dampfturbine, deren Anschaffung hier beantragt worden ist, den zweifellos sehr gut und wirtschaftlich arbeitenden Dieselmotoren an Wirtschaftlichkeit noch überlegen sei. Bei großen Dampfturbinen sei der Verbrauch an Brennstoffen billiger (Braunkohle) als bei Dieselmotoren (Oelen), ferner die Anschaffungskosten, Mehrverbrauch an Schmieröl, erhöhte Bedienungskosten. Bei dem Lastautozug, der zur Fortbewegung der Asche dienen solle, könne von einer gewissen Wirtschaftlichkeit insofern gesprochen werden, als es vielleicht möglich sein werde, das Lastauto auch für das Gaswerk zu verwenden. — Stadtv. Zell hat sich von den überzeugenden Ausführungen des Direktors Paulsen bestimmen lassen, für die Dampfturbine zu stimmen und die Anschaffungskosten zu bewilligen, weil ihre größere Wirtschaftlichkeit nachgewiesen worden sei. — Stadtv. Gerig wünscht Auskunft darüber, ob die bisherigen Dampfkesselanlagen ausreichen werden und ob das Elektrizitätswerk an seiner jetzigen Stelle konkurrenzfähig bleiben würde. — Stadtv. Borges führt aus, daß die 415 000 Mark Anschaffungskosten erst der Anfang seien zu Millionenausgaben für neue Dampferzeuger, Dampfkesselanlagen usw. Da sei es doch die Frage, ob es nicht richtiger wäre, ein großzügiges Elektrizitätswerk in die Braunkohlengegend zu stellen und das jetzige Werk fozusagen als Spitzenwerk beizubehalten. — Stadtv. Frost fragt nach einem Programm der Zukunft. Er meint, daß es vielleicht vorteilhafter wäre, die Elektrizität durch Ueberland-zentralen zu beziehen. — Nach einigen Bemerkungen des Stadtv. Meyer und Stadtv. Gerig werden 390 000 Mark für die Anschaffung einer Dampfturbine bewilligt, dagegen wird der Lastautozug abgelehnt.

Es folgt:

4. und 5. Einführung eines Gaseinheitspreises und Eingaben dazu. Hierzu nimmt zunächst Stadtv. Prof. Dr. Steinbrück das Wort zu einer Erklärung. Ihm sei ein Vorwurf gemacht aus seiner vor acht Tagen erfolgten Anzweiflung der Beschlußfähigkeit. Aber diese ganze Angelegenheit sei von so grundlegender Bedeutung, daß sie nicht von einer so schwach besuchten, debattemüden Versammlung entschieden werden könnte. Weiter bemängelt der Redner, daß die ganze Vorlage so kurz vor Toresschluß an die Versammlung herangebracht worden ist. — Der Berichterstatter, Stadtv. Brehmer, befürwortet wieder die Annahme der Vorlage und beantragt, daß über die Eingaben des 1. kommunalen Wahlbezirksvereins, der Klempner- und Installateur-Zwangsinnung, der Handwerkskammer und des Innungsausschusses zur Tagesordnung übergegangen werde. Bekanntlich soll ein Einheitspreis von 14 Pfennigen für Gas zu Leucht- und zu Koch- und Heizzwecken eingeführt werden. Als zweiter Berichterstatter macht Stadtv. Justizrat Meyer den Stadtvv. Hüllemann, Helmecke und Steinbrück den Vorwurf, daß sie einseitige Interessen verträten, nicht aber die der Allgemeinheit. Sie freilich träfe eine dreiprozentige Erhöhung der direkten Steuer nicht, wohl aber die Verbrauchsabgabe, und deshalb seien sie gegen diese. Er tritt für die Vorlage ein. — Stadtv. Hüllemann stellt eine Anzahl Anträge. Es sollten nur 13 Pfennige als Einheitspreis erhoben werden, die Steigeleitungen und Krampen sollten vom Gaswerk bis zum Gasmesser gelegt werden und ferner solle die Gasmesseramiete aufhören. Sehr scharf wendet sich der Redner gegen die Ausführungen des Stadtv. Meyer gegen die drei von diesen genannten Stadtverordneten. — Stadtrat Greßler wahrt in längeren Ausführungen den Standpunkt der Vorlage. — Stadtv. Helmecke verwahrt sich ebenfalls scharf gegen die Unterstellungen des Stadtv. Meyer. Wenn er eine Vorlage bekämpfe, so geschähe dies aus sachlichen Gründen. Er wolle, daß es beim Alten bliebe. Die Städte sollten nicht Verbrauchsabgaben einführen, sondern abschaffen. — Stadtv. Grecke beantragt, daß die Beschlußfassung über den Teil der Vorlage, der die Gasautomatenfrage betrifft, ausgesetzt wird, bis die Verhandlungen zwischen der Klempner- und Installateur-Innung, dem Gaswerk, Magistrat und der Handwerkskammer wegen Bildung einer Genossenschaft zur Ausführung solcher Arbeiten zum Abschluß gelangt sind. — Stadtv. Günter tritt für die Magistratsvorlage ein, wünscht aber vom Magistrat eine Erklärung, daß vom Gaswerke Gaskochapparate usw. nicht an Private verkauft werden. — Oberbürgermeister Dr. Rive bemerkt, das Gaswerk ringe um seine Ertragfähigkeit, und diese müsse erhalten werden. Man müsse einen Boden der Verständigung finden. Einen Einheitspreis von 13 Pfg. würde der Magistrat nicht annehmen. So bliebe es beim Alten. Aber der Magistrat würde sich mit einem solchen Ergebnis nicht zufrieden geben. Er müßte mit einer neuen Vorlage später wiederkommen. Wenn man bei 18 Pfg. stehen bliebe, so könnte es geschehen, daß ein großes, ertragreiches Werk für alle Zeit lahmgelegt wird. Man solle beschließen, daß die Bedingungen bis zum 31. Dezember 1916 gelten sollen. Dann habe man Erfahrungen und Unterlagen, und dann könnte man gegebenenfalls eine Aenderung vornehmen. Diesen letzteren Ausführungen gibt Stadtv. Borges in Gestalt eines Antrages äußere Form, zu deren Gunsten Stadtv. Hüllemann seine Anträge zurückstellt. Auf Antrag des Stadtv. Springer wird der 31. März 1917 als Endpunkt festgesetzt. Ebenso wird dem Gaseinheitspreis von 14 Pfg. und der Einführung von Gasautomaten zugestimmt.

6. Aufstellung fünfflammiger Gasmesser. Mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Einführung des Gaseinheitspreises hat das Kuratorium der Gas- und Wasserwerke beschlossen, die Beschaffung von dreiflammigen Messern auf das äußerste Maß zu beschränken und soweit möglich an Stelle von dreiflammigen fünfflammige Messer aufzustellen, in solchen Fällen den Konsumenten aber zu behandeln, als ob ihm ein dreiflammiger Messer gestellt worden sei. Da durch die weitere Beschaffung von dreiflammigen Gasmessern in bisherigem Umfange bei der ev. Einführung des Gaseinheitspreises eine große Anzahl dieser Messer überzählig werden würde, tritt der Magistrat vorstehendem Beschlusse bei. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmt dem zu. Berichterstatter Stadtv. Gradehand.

Punkt 7 der Tagesordnung wird vertagt.

8. Haushaltplan der Belcke-Lehmann-Stiftung. Der Magistrat legt den Haushaltsplan der Belcke-Lehmann-Stiftung für das Rechnungsjahr 1914 vor. Die Versammlung heißt ihn gut bezw. setzt ihn in Einnahme und Ausgabe bei der Haupt-stiftung auf 88 100 Mk., für das Jugendheim auf 31 600 Mk. fest. Berichterstatter Stadtv. Borges.

9., 10. und 11. der Tagesordnung werden ebenfalls abgesetzt.

12. Regulierung des Landrains. Der neue Friedhof an der Dessauer Straße macht den Ausbau des Landrains von der Zieten- bis zur Dessauer Straße als städtische Regierstraße nötig. Mit dem Erwerb des fluchtlinienplanmäßig zur Straße entfallenden Landes hat die Stadtverordnetenversammlung sich bereits einverstanden erklärt. Ebenso sind die Mittel für die Kanalisierung der Straße bereits bewilligt. Der Magistrat übersteicht nunmehr Plan und Kostenanschlag für die Regulierung und teilweise Befestigung der Straße sowie für die Baumanpflanzung. Der Fahrdamm soll zunächst nur chaussiert werden. Diese Chaussierung verbleibt als dauernde Unterlage für das späterhin endgültig aufzulegende Kleinsteinpflaster. Der nördliche Bürgersteig wird vorläufig mit einem Mosaikstreifen versehen, damit das Publikum trockenen Fußes nach dem Friedhof gelangen kann. Im übrigen werden die Bürgersteige vorläufig nur befest. Ihre endgültige Herstellung erfolgt mit fortschreitender Bebauung. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich mit Ausführung der Arbeiten nach vorgelegtem Plan und Kostenanschlage mit einigen Abänderungen einverstanden und bewilligt die erforderlichen Mittel (einschl. für die Baumpflanzung) in Höhe von 110 500 Mark aus der Anleihe von 1910. Die Kosten werden später, soweit sie gemäß den ortsstatutarischen Bestimmungen von den Anliegern zur Eingiehung gelangen können, der Anleihe erstattet. Berichterstatter Stadtvv. Kallmeyer und Gradehand.

13. Ausbau der Giebichensteiner Straße. Unterm 30. Juni genehmigte die Stadtverordnetenversammlung die Mittel für den Ausbau der Giebichensteiner Straße zwischen Cröllwitzer- und Ochsen-Brücke. Die Strecke von der Ochsenbrücke bis zur Burgstraße sollte in ihrem jetzigen Zustande belassen bleiben. Inzwischen ist aber die Zurückversetzung der Mauer entlang dem Grundstück der Belcke-Lehmann-Stiftung in die Flucht der Giebichensteiner Straße erfolgt, so daß nunmehr auch die Reststrecke der Straße zum Ausbau gelangen kann. Es empfiehlt sich, gleichzeitig mit diesem Ausbau die am nördlichen Ufer des Mühlgrabens an der Ochsenbrücke belegene Fläche als Anlage auszugestalten. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich mit der Ausführung der fraglichen Arbeiten gemäß der vorgelegten Pläne und Kostenanschläge einverstanden und bewilligt die erforderlichen Mittel für die Regulierung und Neupflasterung 15 000 Mk., für die gärtnerischen Anlagen und Baumpflanzung 8200 Mk., zusammen 23 200 Mk. aus der Anleihe von 1910. Die Kosten werden, soweit sie von den Anliegern zur Einziehung gelangen, an die Anleihe zurückerstattet. Berichterstatter Stadtv. Gradehand.

14. Sammelbecken für das Hallenschwimmbad. Die Versammlung beschließt, an Stelle der innerhalb des Neubaues des Hallenschwimmbades vorgesehenen Sammelbehälter einen solchen im Schulhofe der Mittelschule in der Steinstraße auszuführen und hierfür die erforderlichen Mittel in Höhe von 19 000 Mk. aus der Anleihe 1910 zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß die infolge dieser Aenderungen am Gebäude selbst erzielten Ersparnisse an den Kosten für das Gebäude in Abzug gebracht werden. Berichterstatter Stadtvv. Boecke und Pfautsch.

Punkt 15 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

16. Instandsetzung der Kinderbewahranstalt „Adelheidsruh". Manaels verfügbarer Mittel haben an den Arbeitshäusern der Stiftung Adelheidsruh bisher nur die allernotwendigsten Ausbesserungsarbeiten ausgeführt werden können. Um das Stiftungsgrundstück nebst Gebäuden wieder einigermaßen ordnungsmäßig in Stand zu setzen, ist es dringend nötig, die in den vorgelegten Kostenanschlägen näher bezeichneten Arbeiten ausführen zu lassen. Die Kosten hierfür stellen sich auf 7900 Mk. Aus laufenden Mitteln können sie nicht bestritten werden. Der Magistrat hat daher beschlossen, vorstehende 7900 Mk., vorbehaltlich der Genehmigung der Stiftungsbehörde, dem zurzeit 25 000 Mark betragenden Landerwerbsfonds der Stiftung „Jentzsche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191312232-15/fragment/page=0002

Kinderbewahranstalt Adelheidsruh" zu entnehmen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem zu. Berichterstatter Stadtvd. Renner und Gradehand.

Punkt 17 wird vertagt.

18. **Umbau einer Einfriedigung an der Giebichensteiner Straße.** Infolge der fluchtlinienmäßigen Höherlegung der Giebichensteiner Straße machen sich einige Aenderungen an den angrenzenden Grundstücken notwendig. Es sind hierfür mit einzelnen Anliegern besondere Vereinbarungen getroffen worden. Bezüglich des dem Fabrikbesitzer Paul Rabe gehörigen Willengrundstücks Giebichensteiner Straße Nr. 1 hat sich die Stadtgemeinde durch Vertrag vom 5. und 20. Februar 1913 verpflichtet, die jetzt vorhandene Einfriedigungsmauer längs der Straße der veränderten Straßenhöhe entsprechend und in einer dem Landschaftsbilde angemessenen Weise umzubauen. Gemäß § 4 dieses Vertrages kann jedoch für den Umbau der Einfriedigung eine Ausführungsweise, welche höhere Kosten erfordern würde als eine neue Mauer in der Gestaltung der jetzigen, von dem Fabrikbesitzer Paul Rabe nicht beanspruht werden. Der Genannte hat nun für den Bau einer neuen Einfriedigung einem seinen Wünschen entsprechenden Plan aufstellen lassen, der aber über das hinausgeht, was er fordern kann. Da es aber andererseits im allgemeinen Interesse liegt, ein gutes Aussehen für die Mauer zu erhalten, empfiehlt es sich, daß ihm eine Barzahlung gegeben wird, und er die Ausführung übernimmt. Die aufzuwendenden Kosten für einen, den vertraglichen Leistungen entsprechenden Umbau der Mauer sind auf 3300 Mk. veranschlagt. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß dem Fabrikbesitzer Paul Rabe für den Umbau der Einfriedigungsmauer seines Grundstücks Giebichensteiner Straße Nr. 1 abfindungsweise eine Pauschalsumme von 3300 Mk. gezahlt wird. Mittel stehen beim Baukonto „Bau des Hauptsammelkanals in der Giebichensteiner Straße" zur Verfügung. Berichterstatter Stadtvd. Boecke und Gradehand.

Punkt 19, 20 und 21 werden von der Tagesordnung abgesetzt.

22. **Tilgung von Darlehen.** Bei Eingemeindung der Vororte im Jahre 1900 hat die Stadtgemeinde Halle verschiedene von jenen aufgenommene Darlehnsschulden übernommen. Zu diesen gehören drei Darlehen, die von den Landgemeinden Trotha und Cröllwitz bei der Sparkasse des Saalkreises aufgenommen waren und zwar ein solches über 130 000 Mk. aus dem Jahre 1897 zum Bau einer Schule in Trotha, über 58 000 Mk. aus dem Jahre 1900 für Wegebauten daselbst und über 40 000 Mk. aus dem Jahre 1899 zum Bau der Fußgängerbrücke über die sogenannte wilde Saale am Weinberg in Cröllwitz. Für alle drei Darlehen war eine 4prozentige Verzinsung vorgesehen, die Tilgung dagegen dahin bestimmt, daß das zu 1 mit 1½ Proz. das zu 2 mit 4 Proz. und das zu 3 mit 2½ Proz. nebst Zinsenzuschlag zu tilgen sei. Nachdem auf Grund dieser Bestimmungen bis zum 31. März 1913 eine Abtragung der Schuld zu 1 bis auf 90 114,42 Mark, zu 2 bis auf 19 367,62 Mk. und zu 3 bis auf 25 351,34 Mk. eingetreten war, ist von der Sparkasse des Saalkreises eine Erhöhung des Zinsfußes von 4 auf 4½ Proz. verlangt und bei Ablehnung die Kündigung zum 31. August 1914 ausgesprochen worden. Der Magistrat hat das letztere vorgezogen und sich mit der städtischen Sparkasse wegen Uebernahme der bis zu dem gedachten Termine noch 85 656,33 Mk. + 14 507,30 + 23 857,15 Mk. = 123 520,78 Mk. betragenden Schuldforderung in Verbindung gesetzt. Diese hat sich auch vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörde hierzu bereit erklärt. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich mit der Annahme dieses Angebots der städtischen Sparkasse bzw. mit der Aufnahme des gedachten Darlehns von rund 124 000 Mk. bei ihr einverstanden.

Auch die übrigen Punkte der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung werden, da sich längere Erörterungen anzuschließen drohten, abgesetzt.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 23. Dezember.

Von der Universität Halle.

Der Ober-Bibliothekar der Universitäts-Bibliothek Professor Dr. Roth ist zum Stellvertreter des Bibliothekdirektors bei Verhinderungsfällen bestellt worden. Dem Privatdozenten in der medizinischen Fakultät und Oberarzt der Frauenklinik Dr. Heynemann ist das Prädikat Professor beigelegt.

Wie weiter der „Reichsanzeiger" mitteilt, ist der Privatdozent in der philosophischen Fakultät Professor Dr. Ernst Erdmann zum ordentlichen Honorarprofessor in derselben Fakultät ernannt und dem Privatdozenten in der theologischen Fakultät Lic. Dr. Karl Heim das Prädikat Professor beigelegt worden.

Aus dem Gerichtssaal.

— **Das Urteil im Kölner Gewerkschaftsprozeß.** Nach dreitägigen Verhandlungen wurde Montag abend vom Kölner Schöffengericht in der Privatbeleidigungsklage der christlichen Gewerkschaftsführer gegen eine Anzahl Redakteure sozialdemokratischer Blätter das Urteil gefällt: Die Angeklagten wurden zu Geldstrafen von 50 bis 500 Mk. verurteilt. Außerdem wurde dem Privatkläger Stegerwald die Publikationsbefugnis des Urteils in den verurteilten Zeitungen mit Angabe der Gründe, die für das jeweilige Blatt zutreffen, zugesprochen. Die Klage gegen Pfarrer Mix von der „Wartburg" war bereits am Sonnabend zurückgezogen worden, nachdem der Beklagte die beleidigenden Aeußerungen mit dem Ausdruck seines Bedauerns zurückgenommen und 50 Mark Beitrag zu den Kosten übernommen hatte.

Landwirtschaft.

Der Erreger der Maul- und Klauenseuche.

In der Presse ist gemeldet worden, daß Professor Dr. Stauffinger in Frauenfelde den Erreger der Maul- und Klauenseuche entdeckt habe. Auf Anfrage möchten wir bemerken, daß die Angelegenheit im Reichsgesundheitsamte einer näheren Prüfung zurzeit unterzogen wird. Wir glauben pflichtgemäß zu handeln, wenn wir zunächst das Ergebnis dieser Prüfung abwarten.

Letzte Telegramme.

Zur Besoldungsordnung der Reichsbeamten.

Berlin, 23. Dez. Die Novelle zur Besoldungsordnung der Reichsbeamten ist soweit ausgefeilt, daß sie Anfang Januar dem Bundesrat zur Beratung zugehen kann.

Aerzte und Krankenkassen.

Berlin, 23. Dez. Die Einigungsversuche im Krankenkassenkampfe sind gestern fortgesetzt worden. Es sind große Schwierigkeiten zu überwinden. Unmittelbar an die Besprechung der bekannten Regierungsvertreter mit den Aerzten schlossen sich solche mit den Vertretern der Krankenkassenverbände. Nachdem die Regierung deren Ansichten gehört hat, wird sie heute vormittag wieder allein mit den Aerzten verhandeln, und je nachdem kommt es dann, wie die „Voss. Ztg." meint, möglicherweise zu gemeinsamen Verhandlungen.

Rückblick auf 1913.

Berlin, 23. Dez. In dem Rückblick der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin auf das Jahr 1913 heißt es: Die Lage von Handel und Industrie am Schlusse des Jahres ist für die Mehrzahl der Geschäftszweige keine günstige. Indessen schafft die gute Ernte zweier Jahre eine gesunde Grundlage für die Ueberwindung der ungünstigen Konjunktur. Der deutsche Geldmarkt steht so gekräftigt da, daß alle pessimistischen Urteile des Auslandes über die Kreditwürdigkeit Deutschlands unbegründet erscheinen.

Die Lage in Mexiko.

Mexiko, 23. Dez. Ein Dekret Huertas bestimmt jeden Tag bis zum Jahresschluß für einen gesetzlichen Feiertag, um den Run auf die hiesigen Banken, besonders auf die Bank von London und Mexiko, einzuschränken. Nach der Bekanntgabe des Dekrets wurde die Bank von London und Mexiko wieder eröffnet, zahlte jedoch keine Depositen aus.

*

(Wiederholt.)

Prinz Adalbert zum Stabe der Hochseeflotte kommandiert.

Berlin, 22. Dez. Kapitänleutnant Prinz Adalbert von Preußen, Navigationsoffizier des kleinen Kreuzers „Köln", ist zum Stabe der Hochseeflotte kommandiert worden.

Wechsel in der Leitung des Dresdener Albertheaters.

Dresden, 22. Dez. Der Vorstand des Albertheaters hat auf Veranlassung des Aufsichtsrats aus gewichtigen Gründen die sofortige Entlassung des Direktors Maxim René verfügt. Der bewährte bisherige Regisseur Sturm ist mit der künstlerischen Leitung des Theaters vorläufig betraut worden.

Ein Verwaltungsgebäude in Flammen

Breslau, 22. Dez. Wie die „Schles. Ztg." aus Sagan meldet, steht das herzogliche Verwaltungsgebäude in Flammen. Die Akten sind gerettet. Die Wohnung des Generalbevollmächtigten, Hauptmann v. Brüneck, ist ausgebrannt.

Eine Million Francs für Arbeiterbildungszwecke.

Brüssel, 22. Dez. Nach der gestrigen Empfangsfeier im Volkshause wurde bekanntgegeben, daß der bekannte Industrielle Solvay für Bildungszwecke seiner Arbeiter eine Million Francs gestiftet hat.

Oldenburg, 22. Dez. Als gestern ein Ruderboot mit vier Insassen von der bekannten Nordsee-Insel Spiekeroog nach der Nachbarinsel Harlingersiel unterwegs war, kenterte es plötzlich auf hoher See. Die Ursache des Unglücks ist unbekannt. Alle vier Insassen, der Bootsinhaber, sein Gehilfe, sowie die beiden Fahrgäste, ein Maurer und ein Maurerpolier, fanden den Tod in den Wellen. Es waren durchweg junge Leute, die erst seit kurzer Zeit verheiratet waren.

Straßburg, 22. Dez. Bei einem Küchenbrande in dem Vorort Kronenberg sind gestern ein zweijähriges Mädchen und ein vierjähriger Knabe in den Flammen umgekommen.

Kopenhagen, 22. Dez. Auf dem Gute Endrupholm in der Nähe von Dramminge äscherte eine Feuersbrunst die gesamten Nebengebäude ein. Ungefähr 100 Kühe und 100 Schweine kamen in den Flammen um.

Börsen- und Handelsteil.

Eine Rekordzahl neuer Kalischächte.

Das jetzt zur Neige gehende Jahr 1913 hat in dem Erstehen neuer Kalischächte einen Rekord gebracht. Die Zahl der kontingentierten Schächte ist im Laufe dieses Jahres von 114 auf 160, also um 46, gestiegen. Der Jahresbericht der Bankfirma Gebr. Dammann-Hannover, der soeben erschienen ist, berechnet die Beteiligungen auf die einzelnen Quotenarten wie folgt: Von den 160 kontingentierten Schächten besitzen zurzeit 97 definitive Vollquoten von zusammen 827,35 Tausendstel, 2 die 70prozentige Karenzquote von zusammen 21,91 Tausendstel und 61 provisorische Quoten von 159,74 Tausendstel. Für die Versorgung der neu hinzugetretenen Schächte waren etwa 130 Tausendstel erforderlich. Dazu kamen noch etwa 140 Tausendstel für die in das Definitivum hineingewachsenen Werke, so daß von den übrigen Werken insgesamt rund 170 Tausendstel oder 17 v. H. ihrer Beteiligungen verloren gingen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Wert des Tausendstels infolge der Zunahme des Absatzes von 180 000 auf etwa 198 000 gestiegen, was einer Steigerung von 7½ v. H. entspricht. Es bleiben aber immerhin noch etwa 10 v. H., um die das Gesamterträgnis der übrigen Werke geschmälert worden ist. Wie bekannt, haben auch die finanziellen Ergebnisse der Werke dieses Mißverhältnis zwischen Werks- und Absatzvermehrung deutlich widergespiegelt. Es gelangten nämlich nur 24 Millionen Mark an Gewinnen in der Kaliindustrie zur Ausschüttung gegen 33 Millionen im Vorjahre. Der Entwertungsprozeß hat unter diesen Verhältnissen solche einschneidenden Kursveränderungen im Gefolge gehabt, daß die von der genannten Bankfirma angestellte Kursvergleichung sämtlicher im Verkehr befindlichen Kuxeaktien und Anteile seit Ende vorigen Jahres unter Berücksichtigung der ausgeschriebenen Zubußen eine rechnerische Entwertung von ca. 134 Millionen Mark ergibt.

*

— **Die größte Zuckerraffinerie Bulgariens.** Am Sonntag begann in Rustschuk in Anwesenheit des Handelsministers und des Ackerbauministers die größte Zuckerraffinerie in Bulgarien ihren Betrieb. Das Unternehmen wird von belgischem Kapital finanziert.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 22. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Am Getreidemarkte war die Tendenz im allgemeinen etwas schwächer. Verschiedene Glattstellungen, niedrigere amerikanische Notierungen sowie die Nachwirkung der Meldung, daß in Rußland ein Entwurf betr. Einfuhrzölle auf Getreidezölle vorliegt, drückten auf die Stimmung, wozu noch die wegen der Nähe der Feiertage recht geringe Kauflust kam. In Weizen und Roggen wurde besonders die Mainsicht in Mitleidenschaft gezogen, während die Dezember-Preise ziemlich behauptet waren. Hafer war stetig. Mais und Rüböl lagen träge. Wetter: bewölkt.

Schlußbörse.

Weizen: Dezbr. 188,75, Mai 196,00, Juli 198,25 M; matter.
Roggen: Dezbr. 158,50, Mai 161,50, Juli —,— M; matt.
Hafer: Dezbr. 157,50. Mai 158,00 M: behauptet.
Mais: Dezbr. —,—, Mai —,— M; still.
Rüböl: Dez. —,—, Mai —,— M: geschäftslos.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

Berliner Frühmarkt. (Amtl. Notierungen.) **Berlin, 22. Dezbr.**

Weizen (Normalgew. 755 g):		**Mais** (p. 1000 kg) frei Wagen:	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	181—186	Amerik. mix.	166—169
abfall. nder	——	runder	148—151
Dezember	——	Odessa	——
Mai	——	weißer Natal	——
Juli	——	**Erbsen** (per 1000 kg):	
Roggen (Normalgew. 712 g):		Inl. u. russ. Futterware	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	155-156	mittel	160—168
abfall.	——	feine Taubenerbsen	169—192
Dezbr.	——	Viktoriaerbsen	——
Mai	——	Kleine Kocherbsen	——
Juli	——	**Weizenmehl** (per 100 kg)	
Gerste†) (per 1000 kg)		Nr. 00 brutto einschl. Sack	
Futterg., leichte inl.	140—146	ab Bahn u. Speicher	22.00—27.50
do. schwere	147—157	**Roggenmehl** (per 100 kg):	
Wintergerste, inländ.	——	Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack	
russ. u. Donau leichte	133—136	ab Bahn u. Speicher	19.20—21.50
amerikan.	——	**Weizenkleie:**	
Hafer (Normalgew. 450 g):		grobe und feine	10.25—10.75
Inl.**) fein (p. 1000 kg)	168—183	**Roggenkleie**	10.10—10.60
do. mittel do.	153—167	**Seradella**	——
do. gering do.	——	**Lupinen**, gelbe	——
mit Geruch	——	blaue	——

*) ab Bahn und frei Wagen. †) frei Wagen und ab Bahn.

Berliner Mittagsbörse. (Notierung der Produktenbörse.)

Weizen (Normalgew. 755 g):		**Hafer** (Normalgew. 450 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	181—186	inländ. fein	167—178
abfall.	172—180	mittel 151—166, gering	——
Dezemb.	189—189¼—188¾	Dezbr.	151¾—151½
Mai	196½—196	April	——
Juli	198¼—188¾—198¼	Mai	158½—158
August	——	Juli	——
Roggen (Normalgew. 712 g):		**Weizenmehl** (per 100 kg):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	155-155¾	Nr. 00 brutto einschl. Sack	
Dez.	158¾—158½	ab Bahn u. Speicher	22.00—27.50
April	——	(feinste Marken über Notiz).	
Mai	162¼—161½	**Roggenmehl** (per 100 kg)	
Juli	——	Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack	
Mais (ohne Ang. d. Prov.):		ab Bahn u. Speicher	19.10—21.50
amerikan. mixed	——	Nov. —.— Dez. —.—	
runder	147—149 (ab Kahn)	**Rüböl** (per 100 kg in Faß):	
Dez.	——	Dezbr.	—.— Br.
		Mai	—.—

Spiritus.

— **Nordhausen**, 22. Dezember. Branntwein 35 Vol.-% für 100 kg (104—105 Ltr.) 81,75—82,75 Mk., Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 92,50—93,75 Mk. per loko ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 22. Dezember. **Spiritus**, roher Kartoffel- in Mark per 100 Liter à 100 %. Tendenz: still. Ohne Faß. Regulierungspreis* 29,75 Mk. Dezember 30 Br., 29,50 G., Dezbr.-Januar 30 Br., 29,50 G. inkl. Eisenband-Spiritusstücke je 5,75 Mk. höher.

— **Paris**, 22. Dezember. Spiritus behauptet. Dezember 44,00, Januar 45,25, Januar-April 45,75, Mai-August 47,25.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 22. Dezember. Rüböl loko 70,00, Mai 67,50.

— **Hamburg**, 22. Dezember. Rüböl stetig, loko verzollt 67,00.

— **Amsterdam**, 22. Dezbr. Leinöl behauptet, loko 26½, Jan. 26¼, Januar-April 26¾, Mai-August 27¾, September-Dezember 28.

— **Paris**, 22. Dezember. Rüböl ruhig. Dezbr. 77,50, Jan. 78,00, März-Juni 76,50, Mai-August 76,25.

Zucker.

W. Hamburg, 22. Dezbr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per Dezember 8,97½, per Januar 9,02½, per März 9,27½, per Mai 9,45, per August 9,65, per Oktober-Dezember 9,57½. Tendenz: ruhig.

W. London, 22. Dezember. Rüben-Rohzucker 88 % Dezbr. 8 sh. 11¼ d. Wert, stetig. Javazucker 96 % prompt 9 sh. 9 d. nom., ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg**, 22. Dezbr. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) Dezbr. 50¾ G., März 51½ G., Mai 52¼ G., September 53¼ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam**, 22. Dezember. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 41½.

— **Havre**, 22. Dezember. Kaffee. Good average Santos Dezbr. 64, März 64, Mai 64½, September 65½. Tendenz: ruhig.

W. Rio de Janeiro, 20. Dezember. Kaffee. Zufuhren 9000 Sack in Rio, 45 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 22. Dezember. Baumwolle, weichend. Upland middling loko 64,25 Mk.

— **Antwerpen**, 22. Dezbr. Wolle. La Plata-Kammzug Type B Jan. 6,12½, Mai 5,85, Aug. 5,80, Nov. 5,77½. Tendenz: Ruhig.

— **Liverpool**, 22. Dez. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Ruhig.

Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Juni —,— per Dezbr.-Jan. 6,59, per Januar-Februar 6,62, per Februar-März 6,64, per März-April 6,66, per April-Mai 6,65, per Mai-Juni 6,65, per Juni-Juli 6,62, per Juli-August 6,59, per August-September 6,49, per September-Oktober 6,36.

Metalle.

— **Amsterdam**, 22. Dezember. Bancazinn träge, loko 112½.

— **London**, 22. Dez. Blei, span., 17¾ Lstrl., engl. 18½ Lstrl., Zinn 170¼ Lstrl., Zink 22¼ Lstrl., Chili-Kupfer 64 Lstrl., 3 Monate 64½ Lstrl.

— **Glasgow**, 22. Dezember. (Schlußbericht.) Roheisen ruhig. Middlesborough Warrants per Kassa 50 sh. — d.

Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 22. Dezember. Roter Winter-Weizen loko 100½, per Sept. —,—, per Dezbr. 97, per Mai 97⅞, per Juli 94⅞. Mais per Mai —.—, per Juli —,—, per Sept. —,—. Mehl 3,80 Getreidefracht nach Liverpool 2.

W. Chicago, 22. Dezember. Weizen per Dez. 87⅞, per Mai 91, per Juli 87⅝. Mais, per Dez. 69, per Mai 69¼, per Juli 68¾.

W. New-York, 22. Dezbr. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia —.—, do. in Refined Cases 11,25, do. Credit Balances at Oil City 2,50. Kupfer 14,15.

W. New-York. 22. Dezember. Schmalz Westernsteam 10,95, Rohe und Brothers 11,30.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straußfurt 21. Dezbr. + 1,70, 22. Dezbr. 1,65, Grodlitz + 1,76, + 1,62, Nebra Obp. + 2,18, + 2,22, Unip. 1,74, + 1,68, Bruckenp. — —. — —, Kösen + 1,08, + 1,08, Weißenfels Unip. + 1,00, + 0,88, Trotha + 2,80, + 2,62, Alsleben + 2,48, + 2,26, Bernburg + 2,08, + 1,88, Calbe Obp. + 1,93, + 1,84, Unip. + 2,04, + 1,8, Grizehne + 2,11, + 1,80.

Verantwortlich: Für Politik u. Feuilleton: Rechtsanwalt Dr. jur. Strasser u. Max Ebeling; für Provinz u. Allgemeines, Börse u. Handelsteil: Fritz Müller; für Oertliches: Heinrich Mieschner; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle (Saale). — Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „An die Redaktion der Hallescheen Zeitung in Halle (Saale)" zu adressieren. — Sprechstunden der Redaktion für Politik, Feuilleton u. Theater von 10—11 Uhr, für die übrigen Ressorts von 8—1 Uhr mittags.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) **Filiale Halle a. S.,** Alte Promenade 3, gegenüb. d. Stadttheat. | **Aktienkapital und Reserven: :: 192 Millionen Mark. ::**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191312232-15/fragment/page=0003

Berliner Börse, 22. Dez. 1913

Die Preise in Kursverschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeuten: 1.1. Jan. 1.4. Apr. 1.7. Juli 1.10. Okt. 1.2. 15.2. 15.3. 15.5. 15.6. 15.8. 15.9. 15.11. 15.12. 1.1. 7.1.6. 1.2. 1.3. 1.4. 1.5. 1.6. 1.7. 1.8. 1.9. 1.10. 1.11. 1.12. 15.1. 15.4. 15.7. 15.10. 1.1. 1.2. 1.3. 1.4. 1.5. 1.6. 1.7. 1.8. 1.9. 1.10. 1.11. 1.12